

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01.12.2004

Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgeb. II
Sitzungsdauer: 17:00 bis 18:23 Uhr

Den Vorsitz führte: Ratsherr Heino Ammersken

ANWESENDE:

Stimmberechtigte Mitglieder

SPD

Ratsherr Walter Davids
Ratsfrau Elfriede Meyer
Bürgermeisterin Lina Meyer
Ratsherr Kai-Uwe Schulze

CDU

Beigeordneter Helmut Bongartz ab 17.20 Uhr
Ratsherr Herbert Buisker
Ratsherr Kurt Hannappel

FDP

Ratsherr Heino Ammersken
Ratsherr Erich Bolinius für Ratsherr Dr. Kurt-Dieter Beisser
Ratsherr Rolf Bolinius bis 18.00 Uhr

Nichtstimmberichtigte Mitglieder

Bündnis 90/Die Grünen (Grundmandat)

Ratsfrau Christine Schmidt

Beratende Mitglieder

Frau Anke Harbers
Herr Klaas Hayenga
Herr Dr. Friedhelm Voges bis 18.13 Uhr

von der Verwaltung

Stadtrat Martin Lutz
Städt. Oberamtsrätin Doris Tempel
Stadtamtsrat Gerhard Discus
Als Gäste: Dipl. Soz. Päd. Marion Eggert
und Manuela Müller-Meinders
Stadtamtsrat Reinhard Kleen (Protokollführung)

2 Vertreterinnen der Presse
4 Zuhörer

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01.12.2004

Punkt : 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt alle Anwesenden, eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt : 2 Feststellung der Tagesordnung

Einwendungen gegen die vorliegende Tagesordnung werden nicht erhoben.

Punkt : 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004

Die Niederschrift Nr. 18 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 26.10.2004 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

Punkt : 4 Verpflichtung beratender Mitglieder

Herr Ammersken heißt Frau Anke Harbers als neues Mitglied des Ausschusses herzlich willkommen. Er führt ihre Verpflichtung durch. Frau Harbers ist auf Vorschlag vom Behindertenbeirat der Stadt Emden als Nachfolgerin von Herrn Karlheinz Kracke benannt worden. Sie wird dem Ausschuss als beratendes Mitglied angehören.

Punkt : 5 Einwohnerfragestunde zu den Tagesordnungspunkten

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

Punkt : 6 Vorlage 14/1439-00
Öffentlich-rechtlicher Vertrag gemäß §§ 53 ff. Sozialgesetzbuch - Zehntes Buch - (SGB X) über die Gründung und Ausgestaltung einer Arbeitsgemeinschaft gemäß § 44b des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II)

Herr Lutz erläutert die Vorlage und insbesondere die Änderungen, die sich noch in den letzten Tagen ergeben haben. Er verweist dazu auf die als Tischvorlage verteilte neueste Fassung des Vertragstextes.

Inhaltlich sei es bei es der Umsetzung des SGB II vor allem darum gegangen, für die zukünftigen Leistungsberechtigten, die aus der Arbeitslosenhilfe und aus der Sozialhilfe kommen, eine einzige Anlaufstelle zu schaffen. Dieses sei durch den vorliegenden Vertrag zwischen der Agentur für Arbeit in Emden und der Stadt Emden zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft gewährleistet. In der Arbeitsgemeinschaft werden sowohl die Aufgaben der Bundesagentur wie auch die der Kommune erledigt. Für die Leistungsempfänger ergibt sich eine deutliche Verbesserung, da ihnen für alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit den aktiven und passiven Leistungen des Sozialgesetzbuches II ein persönlicher Ansprechpartner

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01.12.2004

zur Verfügung stehen wird, sodass Doppelantragstellungen und doppelte Wege zu unterschiedlichen Behörden vermieden werden.

Durch die Gründung der Arbeitsgemeinschaft ergibt sich auch die Möglichkeit, für die Gewährung der passiven Leistungen eine gemeinsame Software zu nutzen. Nur so wird es möglich sein, auch pünktlich zum 01. Januar 2005 allen Leistungsberechtigten die Ihnen zustehenden passiven Leistungen rechtzeitig zu überweisen.

Über die Bildung eines Beirates ist während der Vertragsverhandlungen ausgiebig diskutiert worden. Die Vertragsparteien haben für die Besetzung eines solchen Beirates eine für beide Seiten akzeptable Regelung nicht gefunden, sodass sie im Hinblick auf die noch zur Verfügung stehende Zeit darauf verzichtet haben, in diesem Vertragswerk eine entsprechende Regelung aufzunehmen. Herr Lutz bittet den Ausschuss trotz dieser noch offen stehenden Fragen um Zustimmung zu dem Vertrag, damit für die gemeinsame Umsetzung des SGB II ab 01.01.2005 der rechtliche Rahmen vorgegeben ist.

Herr Davids bittet um Zurückweisung der Angelegenheit an die Fraktionen, da zumindest in seiner Fraktion noch Klärungsbedarf bestehe.

Herr Erich Bolinius erklärt für seine Fraktion, dass diese mit dem Abschluss eines Vertrages zur Bildung einer Arbeitsgemeinschaft grundsätzlich einverstanden ist. Im Hinblick auf die zur Verfügung stehende Zeit sollte der Ausschuss die Angelegenheit zur Vorbereitung der Entscheidung des Rates diskutieren, damit dieser am 09.12.2004 endgültig darüber entscheiden könne. Diesen Termin sieht er als gefährdet an, wenn die Angelegenheit an die Fraktionen zurückgewiesen werde. Jede Fraktion habe bis zum 09.12.2004 noch Zeit, um sich eine abschließende Meinung bis zur endgültigen Abstimmung zu bilden. Nicht unerwähnt lassen möchte er auch, dass er von verschiedenen Seiten sehr positive Äußerungen über die hervorragend geleistete Zusammenarbeit mit den Vertretern des Fachbereiches 500 vernommen habe. Grund dafür, dass es hier so gut gelaufen sei, war u.a. auch, dass die Politik hier auf die Verhandlungen keinen großen Einfluss genommen habe. Die FDP-Fraktion sehe zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit zur Einrichtung eines Beirates.

Frau Lina Meyer spricht sich ebenfalls dafür aus, dass der Rat am 09.12.2004 über den vorliegenden Vertrag abstimmen solle. Sofern es aus den Fraktionen Änderungsvorschläge gäbe, sollte über diese in der Ratssitzung abgestimmt werden.

Herr Lutz weist darauf hin, dass nach einem vorliegenden Schreiben von Frau Engelen-Käfer diese es zwar für erforderlich halte, einen evtl. Beirat mit Leistungserbringern zu besetzen, nicht jedoch aber mit Vertretern der Gewerkschaften. Auf jeden Fall solle über diese Angelegenheit zu einem späteren Zeitpunkt erneut verhandelt werden. Selbst wenn der Rat die Bildung eines Beirates fordere, könne eine entsprechende Regelung nur in dem Vertrag aufgenommen werden, wenn beide Vertragspartner über Bildung und Besetzung des Beirates eine einvernehmliche Lösung fänden. Er sei gern bereit, zu einem späteren Zeitpunkt erneute Verhandlungen zur Bildung eines Beirates aufzunehmen.

Für Herrn Davids sind die vorher gemachten Äußerungen nicht nachvollziehbar, da nach seinen Informationen anderen Ortes sehrwohl Beiräte gebildet würden.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Voges erklärt Herr Lutz, dass die in § 9 Abs. 4 des Vertrages normierte vorrangige Nutzung städtischer Einrichtungen sich auf z.B. die Zahlung der Gehälter oder die Vollstreckung von Forderungen durch die Stadtkasse beziehe.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01.12.2004

Frau Schmidt, Herr Hannappel und Herr Buisker plädieren dafür, auf eine Verweisung in die Fraktionen zu verzichten.

Ergebnis: vorbereitet für den Rat

Punkt : 7 Vorlage 14/1440-00
Vereinbarung über die Finanzierung von Tagesaufenthalten im Rahmen der Hilfe zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten (Nichtsesshafte und städt. Wohnungslose)

Frau Tempel erläutert die Vorlage und weist darauf hin, dass sich nach Erstellung der Vorlage noch Änderungen ergeben haben. So habe z.B. die Landesarbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtspflege in Niedersachsen dem Sozialministerium Mitte November Änderungsvorschläge zu der Rahmen- Leistungsvereinbarung für die Finanzierung von Tagesaufenthalten eingereicht. Die reformierte Kirche habe daher mitgeteilt, dass vor Abschluss der vorliegenden Mustervereinbarung zunächst die Rückäußerung des Sozialministeriums abgewartet werden solle.

In der vorliegenden Mustervereinbarung fehle noch ein wesentlicher Aspekt, nämlich inwieweit Auslastungsgesichtspunkte in Relation zur Höhe des Budgets gesetzt werden. Die Frage, wie sich dieses Verhältnis ausgestalten könnte, ist noch nicht abschließend geklärt.

Möglicherweise gibt es für das Jahr 2005 lediglich eine am Bestand- und Vertrauensschutz orientierte Übergangsregelung, mit der sich an der finanziellen Ausstattung der Tagesaufenthalte im Jahr 2005 im Wesentlichen nichts ändern wird.

Herr Erich Bolinius äußert sich erfreut, dass die Förderung künftig nicht mehr pauschal erfolge, sondern durch eine entsprechende Vereinbarung Leistungen und Gegenleistungen klar definiert werden. Dies sei seit langem eine Forderung seiner Fraktion.

Frau Schmidt plädiert dafür, die bestehenden Angebote der Tagesaufenthalte aufrecht zu erhalten und entsprechend mit finanziellen Mitteln weiterhin sicherzustellen.

Herr Bongartz erklärt, dass gerade im Rahmen der Haushaltskonsolidierungsgespräche darüber zu entscheiden ist, in welchen Bereichen zukünftig Fördermittel einzusetzen sind. Die gegebene Haushaltssituation lässt es auf keinen Fall zu, in allen Bereichen die Ansätze fortzuschreiben, sondern es müssen auch die Bereiche klar benannt werden, wo in Zukunft Mittel eingespart werden könnten.

Herr Ammersken lobt die Verwaltung für die konsequente Umsetzung der Workshopergebnisse.

Frau Schmidt bittet zu bedenken, dass hier präventive Arbeit geleistet werde, die Kosten an anderer Stelle verändere.

Herr Dr. Voges erkundigt sich, ob Erkenntnisse zu den kostenmäßigen Auswirkungen der eingerichteten medizinischen Betreuung im Tagesaufenthalt bekannt seien.

Frau Tempel kündigt einen Bericht über die geleistete Projektarbeit im Jahr 2005 im Ausschuss an.

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01.12.2004

Auf Nachfrage von Herrn Erich Bolinius erklärt Frau Tempel, dass die Vereinbarung grundsätzlich mit dem Träger vor Ort abgestimmt sei, die in der Vorlage genannten Fragen jedoch noch zu klären seien.

Herr Davids plädiert dafür, die Landeskürzungen aufzufangen, um das Angebot hier in Emden wie bisher aufrecht zu erhalten.

Herr Bongartz erinnert nochmals daran, dann aber auch in der Haushaltskonsolidierungsgruppe entsprechend zu handeln.

Ergebnis: vorbereitet für den VA

MITTEILUNGSVORLAGEN

Punkt : 8 Vorlage 14/1438-00
 Darstellung der Arbeitsweise und Ergebnisse des Pro-Aktiv-Centers Emden

Herr Discus gibt einen Überblick über die Entwicklung des Pro-Aktiv-Centers Emden. Er würdigt die erfolgreiche Arbeit.

Frau Eggert erläutert anhand von Folien (siehe Anlage!) die Arbeitsweise und die Erfolge des Pro-Aktiv-Centers Emden.

Auf Nachfrage von Frau Lina Meyer bestätigt Frau Eggert, dass die erwähnten Praktikumsstellen auf dem freien Markt angeboten würden, da die Einrichtung inzwischen einen guten Ruf habe.

Zur Frage von Frau Elfriede Meyer nach einer begleitenden Betreuung erklärt Frau Eggert, dass regelmäßige Gespräche im Abstand von 1 - 2 Wochen stattfänden. Außerdem kämen Rückmeldungen und Beurteilungen aus den Betrieben.

Auf Nachfrage von Herrn Hannapel bestätigt Frau Eggert, dass auch die Firmen von der Zusammenarbeit profitieren würden.

Herr Buisker erkundigt sich, ob die Zusammenarbeit mit Schulen bereits dann einsetze, wenn Abbrüche zu erkennen seien.

Frau Eggert erklärt, dass die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit leider erst im Aufbau begriffen sei. Seit dem 01.07.2004 gäbe es aber Ansätze in der genannten Richtung.

Herr Erich Bolinius dankt für diese beachtliche Arbeit. Er fragt, ob diese nicht auch dem Jugendhilfeausschuss vorgestellt werden müsse.

Frau Eggert antwortet, dass dies auch geschehen werde. Sie danke aber auch für die Einladung in diesen Ausschuss und für die gute Zusammenarbeit mit dem Fachbereich 500.

Punkt : 9 mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Herr Discus gibt die einheitlichen Regelsätze gem. SGB II und XII ab 01.01.2005 bekannt:

Niederschrift Nr. 19 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 01.12.2004

Regelsatz Haushaltsvorstand:	345,00 €
Regelsatz Haushaltsangehörige unter 14 Jahren:	207,00 €
Regelsatz Haushaltsangehörige ab 14 Jahren:	276,00 €
Mischregelsatz:	311,00 €

Auf Nachfrage von Herrn Bongartz erklärt Herr Discus, dass neben den Regelsätzen die angemessenen Kosten der Unterkunft übernommen würden.

Herr Schulze erkundigt sich, ob Rentner, die bisher Leistungen der Grundsicherung erhalten hätten, einen neuen Antrag stellen müssten.

Frau Tempel verneint dies.

Punkt : 10 Sachstandsbericht "Soziale Stadt Barenburg"

keine Mitteilungen

Punkt : 11 Anfragen

keine Anfragen

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 18.23 Uhr und wünscht einen guten Nachhauseweg.